

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد بلین بوم و بر زنده یک تن مېباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

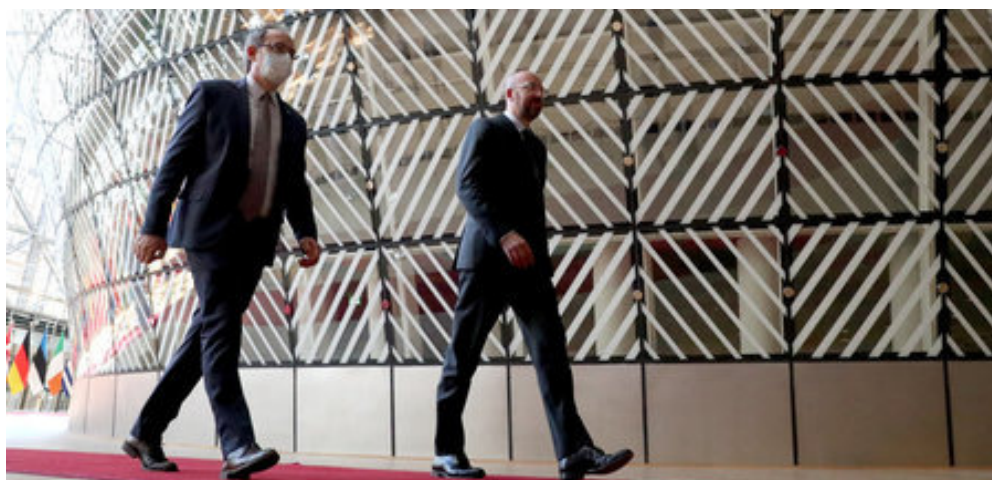
Von Roland Zschächner

19.07.2020

BALKAN

Brüssel schaut auf die Finger

EU drängt Serbien und Kosovo zu Dialog. USA außen vor gelassen



Yves Herman/REUTERS

Avdullah Hoti und Charles Michel, Präsident des Europarats, am 25. Juni in Brüssel

»Hart, aber konstruktiv« seien die Verhandlungen gewesen, erklärte am Donnerstag abend der serbische Präsident Aleksandar Vucic. Zuvor war er in Brüssel mit dem kosovarischen Premierminister Avdullah Hoti zusammengetroffen. Mit am Tisch saß auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell, denn die Europäische Union beaufsichtigt den Dialog zwischen Belgrad und Pristina, um die Beziehungen zwischen den Konfliktparteien »zu normalisieren«.

Dies bedeutet vor allem, dass Serbien dazu gedrängt werden soll, die Eigenstaatlichkeit der sich 2008 von Belgrad losgesagten Provinz Kosovo anzuerkennen. Themen der

mehrständigen Zusammenkunft waren die wirtschaftliche Entwicklung und der Verbleib von Personen, die während der kosovarischen Aggression gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien in den Jahren 1998–1999 verschwunden sind. Dazu sollen die Behörden beider Seiten ihre Archive öffnen.

Ansonsten wurde wenig über das Gespräch bekannt, das mit gleich zwei Videokonferenzen vorbereitet worden war: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hatten Vucic und Hoti bereits am vergangenen Freitag vor die Bildschirme gebeten. Letztere trafen sich dann zwei Tage später erneut virtuell.

Mit dem jüngsten Gespräch in Brüssel endet eine knapp zwei Jahre dauernde Unterbrechung. Im November 2018 hatte der damalige kosovarische Premierminister Ramush Haradinaj die Zölle auf Waren aus Serbien und Bosnien-Herzegowina auf 100 Prozent angehoben. Begründet wurde dies damit, dass Belgrad mit seiner Lobbyarbeit die Aufnahme Pristinas in die internationale Polizeibehörde Interpol verhindert habe. Erst in diesem Frühjahr wurden die Einfuhrbeschränkungen wieder aufgehoben, nachdem die USA Druck auf Pristina ausgeübt und die wenige Wochen dauernde Regierung von Albin Kurti zu Fall gebracht hatte.

Washington hat in den vergangenen Jahren das Engagement in der Region erhöht und ist damit in verstärkte Konkurrenz zur EU getreten. Vor allem der von US-Präsident Donald Trump eingesetzte »Sonderbeauftragte für Friedensverhandlungen in Serbien und Kosovo«, Richard Grenell, hat in den vergangenen Monaten immer wieder deutlich gemacht, dass es den Vereinigten Staaten um eine schnelle Lösung des durch sie verursachten langjährigen Konflikts geht. Hintergrund dürften die US-Präsidentschaftswahlen im Herbst sein, vor denen Trump noch einen außenpolitischen Erfolg vorzuweisen versucht.

Doch die EU und ihre Hegemonialmacht Deutschland sind darauf bedacht, den US-Einfluss zurückzudrängen. Mit dem jetzigen Treffen in Brüssel können sie zumindest auf diplomatischer Ebene einen vorläufigen Erfolg verbuchen. Dazu wurde Washingtons Gewährsmann in Pristina, Hashim Thaci, aus dem Verkehr gezogen. Der kosovarische Präsident musste sich in dieser Woche in Den Haag vor dem von der EU installierten Kosovo-Sondertribunal verantworten. Die dortige Sonderstaatsanwaltschaft wirft ihm vor,

an Verbrechen gegen die Menschheit beteiligt gewesen zu sein: Zehn Punkte umfasst der Anklageentwurf.

Davor war Thaci Teil der kosovarischen Verhandlungsdelegation, noch Ende Juni sollte er zu Gesprächen mit Vucic nach Washington kommen. Der Termin platze, nachdem Den Haag die Vorwürfe gegen den ehemaligen Kommandeur der UCK-Miliz im selben Monat öffentlich gemacht hatte. Thaci war im Gegensatz zu vielen anderen kosovarischen Politikern zu einem Landtausch mit Belgrad bereit, wie ihn Vucic bereits vor zwei Jahren vorgeschlagen hatte. Die EU lehnt dies kategorisch ab.

Das Coronavirus bietet eine gute Möglichkeit für Brüssel und Berlin, weitere Abhängigkeiten zu schaffen. Insgesamt seien 3,3 Milliarden Euro für die Länder des westlichen Balkans offiziell zur Bekämpfung der Pandemie und deren Folgen bereitgestellt worden. Dies unterstrich der im Auswärtigen Amt für Europa zuständige Staatsminister Michael Roth in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der *Deutsche Welle*. Der SPD-Politiker hatte bereits im Juni 2018 in einem Beitrag für die *FAZ* deutlich gemacht, dass für ihn der Balkan »mitnichten der Hinterhof Europas, sondern vielmehr der Innenhof des europäischen Hauses« ist. An diesem habe Deutschland »ein vitales Interesse«.

Junge Welt 18.07.2020